

30. landesweite Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen 2012 in NRW

Demokratie verwirklichen!
Frieden schaffen!




**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG
NORDRHEIN-
WESTFALEN**



LSV NRW
VERGLEICHENDE POLITIKWISSENSCHAFT UND SYSTEMLEHRE



SDAJ
Studentenrat der
Universität Jülich



Demokratie verwirklichen! Frieden schaffen!

Neben gestandenen Antifaschistinnen und Antifaschisten traf sich viel Jugend am 28. Januar in der Fachhochschule für Design in Dortmund. Der Anlass war die 30. Landesweite Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen.

Iris Bernert-Leushacke von der Rosa Luxemburg Stiftung NRW eröffnete die unter dem Motto „Demokratie verwirklichen! Frieden schaffen!“ stehende Konferenz. Vor etwa 200 Teilnehmenden verwies sie auf das historisch aufgeladene Wochenende zwischen dem 27. Januar, der Befreiung von Auschwitz 1945 und dem 30. Januar 1933, dem Tag der Machtübertragung an Hitler 1933.

Wie ein roter Faden zog sich der Wunsch nach Vernetzung der verschiedenen Initiativen durch die Konferenz.

Ein Konferenzteilnehmerin brachte es auf den Punkt: „Was kann es für Gründe geben nicht miteinander zu reden, die wichtiger sind als die fünf Nazi-Morde der letzten Jahre in Dortmund.“

Verfassungsschutz auflösen

Als Hauptredner trat Ulrich Schneider, Generalsekretär der Föderation des Internationalen Widerstandes auf. Er

bekräftigte die sich derzeit durchsetzende gemeinsame Einschätzung aller Demokraten: „Hat der Verfassungsschutz von den Neonazi-Morden wirklich nichts gehört und gesehen? Dann ist er überflüssig. Und wenn er nichts hören und sehen wollte? Dann muss man nicht nur seine V-Leute abschalten, sondern den ganzen Verfassungsschutz auflösen. Schneider breitete ein alarmierendes Szenario der derzeitigen Rechtsentwicklung in ganz Europa aus.“

Gesellschaftliche Stimmung sichtbar machen

Die neue Kampagne „NoNPD“ der VVN-BdA, für die nun in vielen Städten Nordrhein-Westfalens Unterschriften gesammelt werden, könne dazu dienen die gesellschaftliche Stimmung sichtbar zu machen, so Schneider weiter. Er forderte zu direktem Widerstand zum Beispiel durch Blockadeaktionen gegen die bevorstehenden Naziaufmärsche auf. Sich international vernetzen und damit den gemeinsamen antifaschistischen Widerstand in Europa weiter entwickeln. Darauf verwies Schneider zum Schluss seines Vortrages.

Über die Lösung dieser Aufgaben sprach Ursula Richter Vertreterin des gastgebenden „Bündnis Dortmund gegen Rechts. Sie stellte ihre Erfahrungen in der Bündnisarbeit und im lokalen Wirken dar.

Grußworte: Kämpferische Ansätze gegen Rechtsentwicklung

Die besonders gefährliche Rechtsentwicklung in Dortmund, jedoch auch kämpferische Ansätze, die ihr entgegengehalten werden, wurden vom Superintendent a. D. und Sonderbeauftragte für Vielfalt, Toleranz und Demokratie der Stadt Dortmund, Hartmut Anders-Hoepgen und von der DGB Regionalvorsitzenden Jutta Reiter angesprochen. Dass Antifaschismus mehr als eine Gegenbewegung ist, machte auch das Konferenzmotto „Demokratie verwirklichen! Frieden schaffen!“ deutlich. Sieben Arbeitsgruppen mit verschiedenen Themen boten den Teilnehmenden Diskussionsplattformen zu den verschiedenen Facetten des Antifaschismus.

In der Arbeitsgruppe „Dresden und anderswo“ diskutierten die Teilnehmenden Möglichkeiten, wie sie Aufmärsche der Neonazis durch ideenreiche Aktionen verhindern wollen. „Das ist ein brisantes Thema, weil die Neonazis mit großer Militanz auftreten“, sagt Bernert-Leushacke. Vor dem Hintergrund weiterer bevorstehender Nazi-Aufmärsche in Münster, Dresden und Dortmund wurde die konsequente Durchsetzung der Verbotsverfahren gegen die NPD und auch gegen die Naziaufmärsche gefordert.

Kein Werben fürs Töten und Sterben

„Mit ihrem Konzept des Regimewechsels in Iran und Syrien, das USA, NATO und EU mit Zustimmung von Merkel und Westerwelle vorantreiben, stehen wir vor einem drohenden Krieg“, warnte Bundessprecher Ulrich Sander in der Arbeitsgruppe „Militarisierung und Gesellschaft“. Fürs Sterben in solchen Kriegen wird die Jugend zynisch angeworben, und bei dieser Werbung wird ganz auf die sonst üblichen Werbefloskeln von den „Risiken und Nebenwirkungen“ und vom Produkt, das „tödlich“ sein kann, verzichtet. Es geht darum, die Bundeswehreinrichtungen an Schulen und Hochschulen des Landes zu stoppen: Kein Werben fürs Töten und Sterben.

Kinder des Widerstandes

Am 40. Jahrestag der Berufsverbote waren auch die Erfahrungen der demokratischen Widerstandsbewegungen des Landes ein Schwerpunkt der Diskussion. Die Arbeitsgruppe „Kinder des Widerstandes“ spannte dabei den Bogen von der Zeit des Widerstandes ihrer Eltern und Großeltern gegen das NS Regime, gegen Krieg und Kalten Krieg. Aus der Erinnerungsarbeit der Gedenkstätten wolle man sich niemals verdrängen lassen und das „Nie wieder“ als Auftrag bewahren.

Sündenböcke

Iris Biesewinkel von ROMA e.V. Köln stellte die Situation der Sinti und Roma dar. In der Arbeitsgruppe „Sündenböcke“ . Kriminelle . EU-Bürger?. Wies sie nach, dass Minderheiten von Neonazis und Rassisten oft als Sündenböcke für die wirtschaftliche- und gesellschaftliche Krise hingestellt werden. Obwohl sie am Meisten darunter leiden.

Erstmals auf einer Antifa-Landeskonferenz zu Gast: Vertreter einer linken Landtagspartei. Die Fraktion aus Düsseldorf hatte ein Geschenk dabei, das Buch „Außer Kontrolle“ . Wie der Verfassungsschutz die Verfassung bedroht.. Anna Conrads (MdB) und Ulla Jelpke (MdB) beteiligten sich an den Diskussionen in den Arbeitsgruppen.

Die Landesschüler/innenvertretung, die Falken, die SDAJ, verschiedene Antifa-Gruppen stellten ihre Positionen dar und waren mit Infoständen vertreten. Darüber hinaus beteiligte sich Joachim Schramm von der DFG-VK, der für den Ostermarsch warb, und Vertreter der Rom e.V. Die Aktivisten der Naturfreunde Kreuzviertel mit ihrem Projekt „Heinrich Czerkus-Gedächtnislauf“ und die Dortmunder DKP leisteten wichtige Beiträge.

Beeindruckendes Kulturprogramm

Der beeindruckende Auftritt des „Stimmt so!“ Chortheaters Köln. begeistert ebenso wie der jiddische Gesang von Joscha Gingold. Nicht zuletzt das Kulturprogramm ließ am Schluss einige Besucher sagen: Wer heute nicht dabei war, obwohl er und sie hätten dabei sein können. Haben etwas verpasst.

Einigkeit im Kampf gegen die Nazis

Falk Mikosch, Landessprecher der VVN-BdA beendete die Konferenz. Er betonte, dass Antifaschismus mehr als eine Gegenbewegung sei. Antifaschismus stehe für eine Welt ohne Rassismus, Nazismus und Militarismus, ohne Ausgrenzung, ohne Faschismus und Krieg. Er forderte Einigkeit im Kampf gegen die Nazis.

Iris Bernert-Leushacke,
Vorstandsmitglied der Rosa-
Luxemburg-Stiftung NRW

Grußwort zum 30. Antifa-Kongress am 28. Januar 2012 in Dortmund

Im Namen der **Rosa-Luxemburg-Stiftung
Nordrhein-Westfalen** begrüße ich Sie und
Euch recht herzlich!

Besonders begrüßen darf ich

Anna Conrads als Mitglied des Nordrhein-
Westfälischen Landtags,

Jutta Reiter als Vorsitzende der DGB-
Region Dortmund-Hellweg,

Hartmut Anders-Hoepgen als
Sonderbeauftragter der Stadt Dortmund für
Vielfalt, Toleranz und Demokratie,

Reno Licandro von der Fraktion Die Grünen
im Rat der Stadt Dortmund,

Caroline von der
LandeschülerInnenvertretung

und **Dr. Ulrich Schneider**, Generalsekretär
der Internationalen Föderation der
Widerstandskämpfer/Bund der
Antifaschisten (FIR).

Mit der Unterstützung dieses Tages, der
30. Konferenz antifaschistischer Initiativen
und Organisationen, dem lokalen Partner
Bündnis Dortmund gegen Rechts und der
landesweiten Partnerin, der VVN NRW, allen
anderen unterstützenden Initiativen und
Organisationen treffen wir zur richtigen Zeit
ein brandaktuelles Thema.

Nicht nur das bewusst gelegte Datum, der
bewusst gelegte Ort Dortmund mit
Faschisten-Aufmärschen und lokaler Nazi-
Szene, zusätzliche Brisanz und lokale
Bedeutung hat auch, dass hier in Dortmund
die Faschisten Mehmet Kubasic und
Thomas „Schmuddel“ Schulz ermordeten
und möglicherweise einen weiteren Mord
geplant hatten.

Die besonderen Dortmunder Verhältnisse
haben bei der Konzeption und Gestaltung
des heutigen Tages eine große Rolle
gespielt. Wir meinen, einen umfangreichen
antifaschistischen und antirassistischen
Programmrahmen gezogen zu haben, den
Sie und Ihr nun gemeinsam in den
Workshops mit Inhalten füllt.



Hartmut Anders-Hoepgen

Grußwort zum 30. Antifa-Kongress am 28. Januar 2012 in Dortmund

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde im Kampf für Vielfalt Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus!

Einen solidarischen Gruß Ihnen allen zu Ihrer 30. landesweiten Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen in NRW. Unser Oberbürgermeister Ullrich Sierau ist heute wegen anderer lange zugesagter Termine leider verhindert hierher zu kommen. Er hat mich (als Sonderbeauftragten für Vielfalt, Toleranz und Demokratie) deswegen gebeten, Ihnen seitens der Stadt Dortmund einen herzlichen Gruß zu Ihrer Konferenz, verbunden mit den Wünschen für ein gutes Gelingen, gute Ergebnisse und Stärkung für die gemeinsamen Ziele, zu übermitteln, was ich hiermit sehr gerne tue. Und ich freue mich auch persönlich sehr, heute Morgen zu Beginn Ihrer Konferenz dabei sein zu können, als einer der seit Jahrzehnten – zwar von einer anderen Warte her kommend – aber mit Ihnen zum gleichen Ziel hin unterwegs ist.

Meine Damen und Herren, seit im vergangenen November die unsäglichen Mordverbrechen aus dem rechtsextremistischen Untergrund aufgedeckt wurden, sind Aufmerksamkeit und Sensibilität gegenüber dem Rechtsextremismus in unserem Land endlich größer geworden. Dabei wurde in erschreckender Weise deutlich, wie sehr in all den vergangenen Jahren das Gesamtproblem des Rechtsextremismus in vielen Bereichen unterschätzt, verdrängt oder auch wissentlich verharmlost worden ist. Ein systemisches Problem unserer gesamten Gesellschaft. Mit der „Zuweisung“ und damit räumlichen Isolierung des Problems in einzelne „Hochburgen“ kann man es sich anderswo vermeintlich vom Leibe halten. Dabei ist der anwachsende Rechtsextremismus nicht nur ein Problem einzelner Städte oder Landstriche sondern ein gesamtgesellschaftliches unseres Landes – ja sogar ein europaweites. Und wir sehen hier bei uns in Dortmund und in anderen sogenannten „Hochburgen“ nur die Spitzen eines Eisberges. Nach einer eben erst publizierten Untersuchung haben 20 % der Menschen in Deutschland latent antisemitische Gedanken. Schon lange wissen wir, dass bis zu 40% der Bevölkerung fremdenfeindliches Gedankengut hegen. Und 10-15 % (je nach Untersuchung) haben ein festgefügtes rechtsextremes Weltbild.

Rechtsextreme Parteien, rechtspopulistische Gruppierungen, Neonazis, autonome Nationalisten, Nationaler Widerstand, Skinhead-Front usw.- sie alle nutzen und missbrauchen

- die wachsenden sozialen Problemlagen und prekäre Lebensverhältnisse
- die zunehmende Desintegrationsprozesse (das Herausfallen aus der Teilhabe an sozialen, kommunalen, kulturellen und anderen Prozessen)
- die immer weiter auseinanderklaffende Gerechtigkeitslücke
- die allgemeine Politikverdrossenheit und das Misstrauen gegen die politischen Akteure
- die Kritik an einem hemmungslosen Turbokapitalismus
- eine nationale Identitätszuschreibung um gerade junge Menschen in ihre rassistische, diskriminierende und menschenverachtende Gedankenwelt zu verführen. Und das alles oft mit hoher Gewaltbereitschaft und Gewaltausübung, mit Angstmache, Bedrohungen und Einschüchterung. Dabei nutzen sie auf infame Weise die Grundrechte unserer demokratischen Verfassung, um sie letztendlich abzuschaffen und eine Staatsform zu propagieren, die schon einmal in unserem Land so unfassbares Elend hervorgebracht hat.

Wir/Sie wissen das schon sehr lange. Wer in diesen Tagen in der Petri-Kirche die Wanderausstellung „Opfer rechtsextremer Gewalt seit 1990“ besucht mit den Tafeln, Bildern und Lebensläufe von 156 Mord- und Tötungsoffern und sich gleichzeitig erinnert, dass in derselben Kirche jedes Jahr am 9. November, am Abend des Gedenkens an die Pogromnacht der Nazi-Diktatur, der Opfer – in diesem Jahr waren es die Namen vieler Kinder – gedacht wird, der sieht die grausige Verbindungslinie von heute zu damals und von damals zu heute.

Meine Damen und Herren, gegen diese grausige Entwicklung müssen wir alle weiter und verstärkt weiter kämpfen und alles in Bewegung setzen was in unserer Kraft steht – in Dortmund und darüber hinaus in unserem ganzen Land. Nicht nur am 1. September-Wochenende, wenn der braune Mob durch unsere Straßen marschiert und den Internationalen Antikriegstag missbraucht, muss der demokratische und gewaltfreie Widerstand wachsen. 15.000 Menschen waren wir beim letzten Mal. In Jena waren es vor Kurzem 50.000.

Aber wir brauchen darüber hinaus in allen Bereichen auch die langfristige und nachhaltige tägliche Arbeit, vor allem

- eine frühe und konstante individuelle Präventionsarbeit bis in die Kindergärten und Grundschulen hinein

- Integration und Inklusion als Bildungsthemen sowie als Erfahrungs- und Erlebniswelten
- Demokratie- und Menschenrechtsthemen als dauerhafte Grunderfahrung Aller, vor allem der jungen Menschen
- aber auch eine intensive Demokratie-Arbeit mit den Erwachsenen, vor allem der Älteren und der Großelterngeneration, die bei der Weitergabe von Werten eine nicht unerhebliche Rolle spielen

Dabei dürfen wir nicht nur an den gesellschaftlichen Symptomen arbeiten, sondern wir müssen auch die grundlegenden gesamtgesellschaftlichen Ursachen angehen, die zu den anwachsenden rechtsextremistischen Entwicklungen führen. Dies ist eine besondere Aufgabe der politischen Akteure auf allen Ebenen.

Im November letzten Jahres hat der Rat der Stadt Dortmund fast einstimmig den „Aktionsplan gegen Rechtsextremismus“ beschlossen. Dieser enthält eine Fülle von strategischen und operativen Zielen sowie sich daraus ergebende Handlungsvorschläge für die Zivilgesellschaft sowie für die Verwaltung und Einrichtungen der Stadt Dortmund. Vor ein paar Tagen haben wir seitens der Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie der Stadt Dortmund eine

kleine Broschüre mit dem Titel „Dortmund aktiv gegen Rechtsextremismus“ veröffentlicht. In ihr sind viele wichtige Aktivitäten und Akteure von Stadt und Zivilgesellschaft im Kampf gegen Rechtsextremismus aufgeführt. Sie finden dort auch wichtige Kontaktdaten. Beides – Aktionsplan und Broschüre können Sie auch als pdf im Internetauftritt der Stadt Dortmund unter „Vielfalt“ herunterladen. Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen, dass auch Sie mit all Ihrem Engagement als wichtige Akteure auf diesem Weg zu dem gemeinsamen Ziel sind, den Rechtsextremismus mit all seinen üblen Auswüchsen immer weiter zurück zu drängen. Ich wünsche Ihnen in diesem Sinne eine erfolgreiche Konferenz. Ich danke Ihnen!



Jutta Reiter, Vorsitzende DGB-Region Dortmund-Hellweg

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,

ich freue mich, heute Morgen einige Grußworte an euch richten zu dürfen.

Zunächst einmal überbringe ich die herzlichen Grüße von Andreas Meyer-Lauber, unserem DGB-Bezirksvorsitzenden, der leider heute nicht hier sein kann.

Eure Konferenz, „Demokratie verwirklichen, Frieden schaffen“, habt ihr bewusst nach Dortmund gelegt; denn hier manifestiert sich der Kern gewaltbereiter Rechter in einzelnen Stadtteilen. Nackter Terror gegen Gruppen, einzelne Personen und in den Stadtteilen entlarvt die demokratiefeindliche und menschenverachtende Ideologie, die die Rechten auch in unserer Stadt durchsetzen wollen.

Der ideologische Nährboden hat nach wie vor Bestand. Auch Jahrzehnte nach dem Nationalsozialismus.

Und man ist versucht zu fragen, wie kann das denn sein. Hier geht es ja nicht um irgendeine kleine Gruppe geistig Verwirrter, sondern um ein systematisch politisch organisiertes Netzwerk.

Ich denke, die Enthüllungen um die barbarischen Morde der NSU machen die

Mitschuld des Staates nicht nur an diesen Morden, sondern auch an den bestehenden Strukturen deutlich. Ein Jeder ist doch geneigt, sich an den Kopf zu fassen!

Es ist das aufgedeckt worden, was wir schon lange vermutet haben. Der Staat ist auf dem rechten Auge blind; und wer jetzt den öffentlichen Focus auf den Linksextremismus lenken will, begründen, warum linke Parlamentarier Verfassungsfeinde sind, verkennt nicht nur die Lage, sondern hat bewusst daran mitgewirkt, die „Rechte Szene“ zu verharmlosen.

Die Anzahl der Menschen, die durch Rechte ums Leben gekommen sind, übertrifft bei weitem die Zahl der Menschen, die durch die RAF ihr Leben verloren haben. Die Älteren von uns werden sich noch entsinnen, welche Maßnahmen von Straßensperren, bis hin zu Personenkontrollen der Staat eingeleitet hat, um diesen Terror zu bekämpfen.

Heute reicht die Errichtung eines Zentrums und die Erstellung einer Datei.....

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das hätten wir auch schon vorher erwartet.

Das Verbot der NPD, als eine steuerfinanzierte Geldmaschine für „Rechten Terror“ hätte schon längst umgesetzt werden können und müssen.

Und wer das Nichthandeln des Staates mit der Demokratie begründet, dem kann ich

sagen, das ist nicht die Demokratie, die wir wollen. Gewalt gegen Andersdenkende widerspricht unseren Demokratievorstellungen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ihr habt euch heute zur Aufgabe gesetzt, die weit über das hinausgehen, was die Regierung bereit ist zu leisten. Eure Frage ist vielmehr, was kann unser Beitrag zur Bekämpfung von Neonazis sein?

Ich bin überzeugt: Wenn jede Organisation diese Herausforderung aufgreift und umsetzt, dann wären wir nicht nur mit unserem Kampf gegen Rechts weiter, sondern auch in der Demokratieentwicklung.

Glück Auf! Gutes Gelingen für eure Tagung!



Dr. Ulrich Schneider

**Generalsekretär der Internationalen
Föderation der Widerstandskämpfer
(FIR) – Bund der Antifaschisten**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe
Freunde,

vor einiger Zeit wurde ich schon einmal als
Referent eingeladen, als die
Landeskonferenz in Duisburg tagte. Damals
ging es auch um die praktische Organisation
des gesellschaftlichen Widerstands gegen
geplante rassistischen Provokationen von
PRO-NRW und anderen extrem rechten
Gruppen gegen den Moschee-Bau in
Marxloh. Auch auf eurer heutigen Konferenz
– so konnte ich den Grußworten entnehmen
– geht es um konkrete
Handlungsvorschläge. Ich denke, dazu habt
ihr selber am meisten zu sagen. Offenkundig
gibt es von den aktiven Kräften in NRW
zahlreiche Vorschläge.

Deshalb möchte ich in meinem Beitrag auf
jene Aspekte eingehen, die mir aus aktueller
Perspektive allgemein von Bedeutung zu
sein scheinen, wenn Antifaschisten und ihre
Organisationen über Strategien und
Handlungsorientierungen nachdenken.

Die von mir fokussierten Aspekte sind
folgende:

1. Gewalt ist ein Kennzeichen des
Neofaschismus - in Deutschland und
Europa
2. Extreme Rechte und
rechtspopulistische Parteien finden
wir in fast allen europäischen
Ländern
3. In verschiedenen europäischen
Staaten erleben wir den Staat als
Förderer und Stichwortgeber extrem
rechter Organisationen und rechter
Ideologie
4. Zivilgesellschaftliches Handeln ist
nötig und möglich.

Diese vier Punkte stehen nicht neben
einander, sondern sind eigentlich nur
unterschiedliche Perspektiven auf ein und
das selber Phänomen, wie es hoffentlich in
dem Referat deutlich werden wird.

Betrachten wir die Aspekte im Einzelnen:

I) Gewalt ist ein Kennzeichen des Neofaschismus - in Deutschland und Europa

Gerade in diesem Kreis muss ich sicherlich
keine Details zur faschistischen Terrorzelle
„Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU)
vortragen. Schon in den Grußworten sind die
wichtigsten Fakten genannt worden,
mindestens 10 Morde,
Sprengstoffanschläge, mehrere
Banküberfälle und andere Gewaltverbrechen

in einem Zeitraum von gut 10 Jahren gegen
auf das Konto dieser Verbrecher.

Sie sind aber nur eine Facette faschistischer
und rassistischer Gewalt, die in Deutschland
in den vergangenen 20 Jahren je nach
Zählweise 135 oder 184 Opfer gefordert hat.
Die Morde der NSU – so erschreckend sie
sind – sind also nicht die Ausnahme,
sondern Teil der faschistischen Gewalt in
Deutschland und sie stützen sich auf die
Strukturen der organisierten Nazibanden in
unserem Land. Alle Behauptungen, dies
seien drei „Einzeltäter“ entbehren jeglicher
Grundlage, wie durch die bisherigen
Enthüllungen deutlich wurde.

Aber nicht nur in unserem Land erleben wir
faschistische Gewalt. Es ist erst ein halbes
Jahr her, dass Anders **Breivik** in Oslo durch
eine Autobombe und bei einem Massaker in
einem Feriencamp der sozialistischen
Jugend auf der Insel Utoya 77 Menschen
tötete. Auch bei diesem faschistischen
Massenmörder sprach man von einem
„verwirrten Einzelgänger“. Aber bald wurde
schon deutlich, dass er seine politische
Sozialisation in der extrem rechten
Fortschrittspartei Norwegens erhalten hat, in
der er lange Jahre – auch als Funktionär
aktiv war. Da diese ihm zu „liberal“ wurde,
nahm er Kontakt zur „English Defense
League“ auf und versuchte eine
norwegische Dependence aufzubauen.
Seine Mordaktion war die direkte
Konsequenz dieser faschistischen Ideologie.

Und kurz vor Weihnachten erschoss in **Italien** ein Anhänger der neofaschistischen „Casa Pound“ am helllichten Tag zwei afrikanische Straßenhändler und verletzt zahlreiche Touristen bevor er sich selber tötete. Da der Täter mehrfach öffentlich für „Casa Pound“ aufgetreten war, fiel es schwer, ihn zum „Einzeltäter“ zu stempeln.

Dies sind nur drei Beispiele solcher Verbrechen aus faschistischer Gesinnung.

Aus verschiedenen **mittel- und südosteuropäischen Ländern** liegen Berichte vor, in denen von rassistischen Gewalttaten – bis hin zu Mordaktionen – insbesondere gegen Roma berichtet wird. Diese Berichte stammen aus Bulgarien, Rumänien, Ungarn, der Slowakei und der tschechischen Republik. Faschistische Banden, „freie Kameradschaften“ und Skinheads sind an solchen Übergriffen, die ganze Ortschaften terrorisieren, beteiligt.

Selbst aus **Russland** wurde berichtet, dass Neonazis und Nationalisten in Moskau und anderen Großstädten gewalttätige Übergriffe gegen Menschen, die aus den Kaukasusrepubliken stammen, organisieren. Zudem ermordeten wahrscheinlich Neofaschisten zwei engagierte antifaschistische Journalisten, die über deren Umtriebe berichtet hatten.

Diese Beispiele, die leider keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben können, zeigen in

aller Eindringlichkeit die Richtigkeit unserer Losung:

„Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!“

II) Die extreme Rechte und rechtspopulistische Parteien finden wir in fast allen europäischen Ländern – einige Beispiele

Wenn man diese Beispiele für faschistische und rassistische Gewalt betrachtet, dann wird deutlich, dass sie sich zumeist im Umfeld von zunehmendem gesellschaftlichen Einfluss extrem rechter oder rassistischer Parteien und Organisationen in Europa ereignen. Dieser zunehmende Einfluss von neofaschistischen Parteien beflügelt offensichtlich rassistische und faschistische Verbrecher, ihre kruden Ideen zur materiellen Gewalt werden zu lassen.

Von daher ist es notwendig, die Entwicklung der extremen Rechten in Europa – natürlich nur exemplarisch – zu betrachten.

Eine dramatische Entwicklung vollzieht sich gegenwärtig in **Ungarn**, wo rechtspopulistische (FIDESZ) und offen faschistische (JOBBIK) Parteien über eine verfassungsändernde Mehrheit im Parlament verfügen. Dabei ist JOBBIK gegenwärtig die drittstärkste Kraft in Ungarn.

Und während die Partei FIDESZ mit ihrem Regierungschef Viktor Orban durch Gesetzesänderungen die verfassungsmäßigen Freiheiten, die Presse- und Versammlungsfreiheit und andere bürgerliche Rechte in Frage stellt sowie die Machtverhältnisse in den öffentlichen Medien und Kultureinrichtungen zugunsten von FIDESZ und ihrer Anhänger verändert, agiert JOBBIK und die mit ihr verbundenen „Magyar Garda“ (trotz eines Verbotes, das noch die letzte Regierung ausgesprochen hatte) als gewalttätiger Arm der Regierung.

Und während FIDESZ offiziell die Polizei zur Aufrechterhaltung von „Ruhe und Ordnung“ einsetzt, provozieren JOBBIK – Anhänger bei bzw. gegen Aktionen von ungarischen Demokraten und Bürgerrechtlern, die sich für die Bewahrung der alten Freiheiten und Verfassung einsetzen.

Aber nicht allein der politische Gegner wird attackiert, man verstärkt insbesondere in den ländlichen Regionen den Terror gegen die Roma-Minderheit, die das ausgesprochene Feindbild von JOBBIK darstellen. Bei diesen Aktionen setzt JOBBIK das in praktische Politik um, was die Regierungspartei „theoretisch“ vordenkt. Exemplarisch konnte man das an die Pogromen und Ausschreitungen in dem kleinen Städtchen Gyöngyöspata erleben, als JOBBIK – angeblich zum Schutz der „Ungarn“ - in den Roma-Wohnsiedlungen mit bewaffneten Kräften in Form einer

Bürgerwehr patrouillierten. Das ging soweit, dass dieses kleine Städtchen Ziel eines antiziganistischen Massenaufmarsches wurde. Eine andere eng mit JOBBIK verbundene Gruppe, die paramilitärische Organisation Véderô, organisierte in diesem Ort eine mehrtägige „Wehrübung“, die das einzige Ziel hatte, die Roma-Bevölkerung massiv einzuschüchtern.

Ein weiterer Aspekt der faschistischen Aktivitäten in Ungarn ist ein zunehmender Geschichtsrevisionismus. Ähnlich wie der 13. Februar in Dresden entwickelt sich in Budapest im gleichen Zeitraum die Erinnerung an den „Abwehrkampf gegen den Bolschewismus“ zu einem Kulminationspunkt faschistischer Geschichtspolitik. Die „Nationalrevolutionäre Partei Ungarns“ (MNP) begeht seit einigen Jahren den „Tag der Ehre“, an dem an den gemeinsamen Kampf der SS und ungarischer Kollaborateure gegen die sowjetischen Truppen erinnert wird. Zumeist findet an diesem Tag auch noch ein Nazi-Konzert organisiert von Blood & Honour Hungary statt.

Um das Problem nicht allein in Osteuropa zu verorten, möchte ich auch auf **Frankreich** verweisen, wo wir gegenwärtig etwas „moderatere“ Neonazis erleben. Dabei ist jedoch erkennbar, dass der „Front National“ nach dem Rückzug von Jean-Marie LePen nur eine „Modernisierungskur durchmacht, jedoch keine inhaltliche Revision ihrer

rassistischen und extrem rechten Positionen. Marine LePen, die die Politik ihres Vaters konsequent fortsetzt, versteht sich jedoch besser auf das mediale Auftreten, sodass ihr eine entsprechende Aufmerksamkeit sicher ist. Erschreckend ist aus antifaschistischer Sicht, dass trotz aller politischen Aufklärungsarbeit gerade auch in Frankreich der FN bei Prognosen zur anstehenden Präsidentschaftswahl an dritter Position gehandelt wird. Scheinbar sind die einfachen – rassistischen – Lösungsansätze in Zeiten der Krise auch in Frankreich so attraktiv wie nie.

Selbst in den ehemals so liberalen **skandinavischen Ländern** haben wir ein deutliches Anwachsen extrem rechter und rechtspopulistischer Gruppierungen und Parteien, wobei sich hier „Europa-Kritik“ und antiislamischer Rassismus mischt. Ein Beispiel dafür sind die „**Wahren Finnen**“, die als Populisten und „Euroskeptiker“ bezeichnet werden. Im Kern sind sie nichts anderes als Rassisten. Verschiedene Berichte aus der letzten Zeit zeigen, wie sie ausländerfeindliche Stimmungen in Finnland fördern.

Gleiches gilt für die „**Dänische Volkspartei**“, deren hauptsächliches Feindbild der Islam geworden ist. Vor der Folketingswahl 2007 profilierte sich die Partei mit offen rassistischen Initiativen. So sollten das Tragen von Kopftüchern im öffentlichen Raum, Gebetsräume für

muslimische Mitarbeiter in dänischen Firmen und Halal-Fleisch in Kindergärten verboten lassen. 2010 stellte die Partei im Parlament den Antrag, muslimischen Dänen keine Parabolantennen mehr zu gestatten, weil sie damit ja Al-Jazeera oder andere islamische Sender empfangen könnten. Erschreckend ist, dass solches rassistisches Gedankengut eine Zustimmung von teils über 15% erhält. Trotz Verlusten bei der letzten Parlamentswahl ist die DFP die viertstärkste Kraft in Dänemark.

Und sie hat das öffentliche Klima so geprägt, dass sich Rassisten angezogen fühlen, in Dänemark ihre Aktivitäten zu verstärken. So plant beispielsweise am **31. März** diesen Jahres in **Aarhus** die „English Defence League“ (dies war die Gruppe, der sich Anders Breivik verbunden fühlte) gemeinsam mit ihren dänischen Freunden ein europaweites Rassistentreffen unter dem Motto „Stoppt die Islamisierung Dänemarks“. Wer sich bei diesem Slogan an den – gescheiterten – PRO-Köln Aufmarsch von 2008 erinnert fühlt, liegt sicherlich richtig.

III) Der Staat ist in verschiedenen europäischen Staaten Förderer und Stichwortgeber extrem rechter Organisationen und rechter Ideologie

Es sind aber nicht nur die Rechtspopulisten oder Neonazis, die versuchen Europa nach rechts zu drängen. Vielmehr erleben wir in den verschiedensten Ländern, dass

staatliche Stellen durch ihr Handeln oder Nicht-Handeln sich als Förderer und Stichwortgeber extrem rechter Kräfte erweisen.

Ohne an dieser Stelle zu ausführlich auf die Vorgänge um den „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) eingehen zu wollen, so ist doch das aktive Mitwirken des Verfassungsschutzes – also einer staatlichen Einrichtung – evident. Durch einen Untersuchungsausschuss des Thüringischen Landtages wurde bekannt, dass das Thüringische Landesamt für Verfassungsschutz mit etwa 200.000 DM den Aufbau des „Thüringischen Heimatschutzes“ finanziert hat, einer Naziorganisation in der die drei Verbrecher der Zwickauer Zelle ihre politischen Wurzeln fanden. Auch später noch flossen Gelder zur Unterstützung der NSU zur Besorgung illegaler Papiere. Und als das thüringische Landeskriminalamt durch Zielfinder die drei Verbrecher aufgespürt hatte und einen Zugriff plante, wurde es vom Thüringer Innenministerium zurückgepfiffen. Wie eng der VS mit den Nazimorden verbunden war, zeigt auch das Beispiel des Mitarbeiters des hessischen Verfassungsschutzes, der monatelang den späteren Tatort – das Internet-Café – in Kassel erkundete und selbst während des Mordes anwesend war.

Heribert Prantl hat heute in der Süddeutschen Zeitung einen Kommentar veröffentlicht, dem ich mich völlig

anschließen kann. Er formuliert sinngemäß: Entweder habe der Verfassungsschutz in den vergangenen 10 Jahren von diesem rechtsterroristischen Treiben nichts mitbekommen, dann ist er unfähig und damit überflüssig. Oder er habe von diesem Treiben gewusst und geschwiegen, dann ist er eine Gefahr für unsere verfassungsmäßige Ordnung! Und – das wäre die Konsequenz – er gehört damit aufgelöst.

Aber nicht nur in Deutschland erleben wir diese fördernde „Toleranz“ gegenüber extrem rechten Kräften. Ich verweise dabei noch einmal auf Ungarn, wo die staatlichen Autoritäten das Wirken von extrem rechten Bürgerwehren, die der Einschüchterung der Roma-Bevölkerung dienen, weitgehend reaktionslos zusieht. Zwar werden die formellen Verbote der „Magyar Garda“ aufrechterhalten, aber das Zeigen ihrer Symbole wird hingenommen, während gleichzeitig das öffentliche Zeigen von roten Fahnen mit Hammer und Sichel als Straftatbestand verfolgt wird. In diese Praxis passt auch die Tatsache, dass die FIDESZ – Regierung das Gesetz gegen die Leugnung des Holocaust nicht aufgehoben, sondern „erweitert“ hat um ein „Verbot der Leugnung der kommunistischen Verbrechen“. Und damit ist allen klar, dass Geschichtsrevisionismus Tor und Tür geöffnet wird.

Und Geschichtsrevisionismus als Einfallstor für die extreme Rechte erleben wir in verschiedenen Staaten Mittel- und Osteuropas, insbesondere in den baltischen Republiken. Hier wird in einem Maße Geschichtsrevisionismus und SS-Verherrlichung betrieben, dass es einem Angst und Bange werden kann. Insbesondere in Estland und Lettland werden die Freiwilligen der Waffen-SS, die als Kollaborateure des faschistischen Krieges in zahlreiche Massenverbrechen eingebunden waren, nicht als Kriminelle, sondern als „Freiheitskämpfer“ gegen den Bolschewismus gefeiert. In Estland finden im Sommer jeden Jahres in Sinimäe Treffen ehemaliger SS-Veteranen statt, bei denen jetzt auch junge Neonazis gesichtet werden. Selbst staatliche Vertreter haben sich in den vergangenen Jahren dort eingefunden. Und in Riga kommt es am 18. März jeden Jahres zu Aufmärschen von SS-Veteranen, die den „Unabhängigkeitstag“ zu ihrem Gedenktag erklärt haben. Zwar spricht die Stadtverwaltung ab und an ein Verbot des Aufmarsches und aller Gegenaktionen aus, aber man lässt sich dann gerne durch Gerichtsbeschluss dazu bewegen, den Veteranenaufmarsch gegen antifaschistische Proteste zu schützen.

Und um das ganze noch in juristisch saubere Formen zu gießen, liegt aktuell ein Antrag für die März-Sitzung des Estnischen Parlaments vor, der sich auf eine breite Mehrheit stützt, der beinhaltet, dass die SS-

Angehörigen als „Freiheitskämpfer“ gewürdigt werden. Damit würde ihnen nicht nur eine „moralische“ Aufwertung zuteil, sondern sie erhielten – neben den Zahlungen der Bundesrepublik für ehemalige deutsche Kriegsteilnehmer – auch noch finanzielle Unterstützung der estnischen Republik.

IV) Zivilgesellschaftliches Handeln ist nötig und möglich.

V)

Das Auftreten der extremen Rechten in den verschiedenen Ländern findet – zum Glück – immer wieder deutlichen Widerstand. Dabei haben sich unterschiedliche Formen, die von den jeweiligen nationalen Gegebenheiten abgeleitet sind, ergeben:

- Es geht dabei um ganz **praktische Solidarität** mit Verfolgten und Angegriffenen, so setzen sich insbesondere in Ungarn Antifaschisten der MEASZ und andere zivilgesellschaftliche Organisationen für Roma – Familien ein, helfen ihnen materiell und gegen die staatliche Willkür und tragen damit dazu bei, die gesellschaftliche Ausgrenzung zu überwinden.
- In zweiter Hinsicht geht es um **politische Initiativen**, die den gesellschaftlichen Handlungsraum

der extremen Rechten einzuschränken. Dazu gehört beispielsweise die wieder aufgenommene no-NPD-Kampagne der VVN-BdA. Natürlich wird durch ein NPD-Verbot, wenn es denn kommt, das Problem der politischen Rechtsentwicklung in Europa aufgehoben. Diese Kampagne gibt jedoch dem Teil der Bevölkerung eine Stimme und eine Mitwirkungsmöglichkeit, die sonst keine andere Möglichkeit haben oder sehen, sich dem Vormarsch der extremen Rechten entgegenzustellen. Der Erfolg des ersten Anlaufes, 175.000 Unterschriften, wurde in der antifaschistischen Bewegung in Europa durchaus mit großem Interesse wahrgenommen und als Vorbild für ähnliche zivilgesellschaftliche Aktionen gesehen.

- Natürlich gehört zum politischen Handeln auch der **praktische Widerstand** gegen Naziaufmärsche und andere Provokationen. Ich denke, hier in Dortmund, wie auch in Dresden haben wir in den vergangenen Jahren gute Beispiele dafür geliefert, wie stark und erfolgreich solches Handeln sein kann.
- Damit dieser Widerstand noch

stärker wird, ist **eine europäische Vernetzung** notwendig. Gute Beispiele waren der internationale Protest gegen das PRO-Köln-Treffen 2008. Auch in den antifaschistischen Aktionen in Dresden kamen Antifaschisten verschiedener europäischer Länder zusammen ebenso wie beim Protest gegen den Naziaufmarsch zum „Tag der Ehre“ in Budapest. Im März diesen Jahres werden wir in Aarhus die Gelegenheit haben, diese antifaschistische Kooperation gegen das geplante Rassistentreffen unter Beweis zu stellen.

Die **FIR** als Dachorganisation von über 60 Verbänden in Europa und Israel in der Tradition des antifaschistischen Kampfes und Vertreter heutiger Antifaschisten versteht sich dabei als die „Internationale des Antifaschismus“, die diesen Kampf und solches zivilgesellschaftliche Engagement unterstützt und befördert.

AG Militarisierung der Gesellschaft – Bundeswehr in Schulen und Hochschulen

„Kein Werben fürs Töten und Sterben“

„Mit ihrem Konzept des Regimewechsels in Iran und Syrien, das USA, NATO und EU mit Zustimmung von Merkel und Westerwelle vorantreiben, stehen wir vor einem drohenden Krieg, während weiterhin der Krieg in Afghanistan tobt“, warnte Bundes-sprecher Ulrich Sander in der Arbeitsgruppe „Militarisierung und Gesellschaft“. Fürs Sterben in solchen Kriegen wird die Jugend zynisch angeworben, und bei dieser Werbung wird gänzlich auf die sonst üblichen Werbefloskeln von den „Risiken und Nebenwirkungen“ und vom Produkt, das „tödlich“ sein kann, verzichtet. Es geht daher für uns darum, die Bundeswehreinsätze an Schulen und Hochschulen des Landes sowie an Arbeitsagenturen zu stoppen: Kein Werben fürs Töten und Sterben, das ist das Motto.

Ich frage, was haben die Politiker mit uns vor, die eine „innerstaatliche Militarisierung“ betreiben? Der Krieg soll unter dem Stichwort „militärischer Humanismus“ zum Alltag werden. Dementsprechend werden widersprechende Regeln des Völkerrechts außer Kraft gesetzt. Und das geschieht in unserem Lande vor allem durch faktische

Beseitigung der grundgesetzlichen Bestimmungen zum Verbot des Angriffskrieges und seiner Vorbereitung und durch faktische Streichung der Bestimmung, dass die Bundeswehr nur zur Verteidigung dient (Artikel 26 und 87a). Anstelle des Grundgesetzes tritt die Militärdoktrin der EU, die den grundgesetzlichen Rahmen überwölben – sprich ihn aushebeln soll.

Das Konzept der Bundeswehrführung besagt – obgleich vom BVerG verboten:

Die Beseitigung des verfassungsmäßig nicht veränderbaren Artikels 1 des Grundgesetzes (Schutz der Menschenwürde, – darum geht es beim Vorstoß für das Abschießen von angeblichen Terror-Flugzeugen. Diese illegale Praxis wird in unserem Bundesland in Kalkar geprobt. so durch das der NATO unterstellte dortige Luftwaffen-Führungshauptquartier in Kalkar.

Junge Menschen werden in die Armee gepresst, sonst droht Mittellosigkeit. Darauf laufen die Bundeswehraktionen in den Agenturen für Arbeit hinaus – die z.T. mit Militärpolizei abgesichert werden. Zugleich: Millionen Reservisten werden per Wehrüberwachung in Dateien erfasst und können mir nichts dir nichts einberufen werden.

Die Militärpolitik hierzulande ist verfassungsfeindlich und dem Wortlaut des Grundgesetzes widersprechend. Die

Aussetzung der Wehrpflicht heilt diesen Zustand nicht. Sie wurde in den Medien groß behandelt. Doch das folgende Datum spielte in den Medien und Ministerreden nie eine Rolle: Am 17. Februar 2005 wurde das „Gesetz über die Neuordnung der Reserve der Streitkräfte und zur Rechtsbereinigung des Wehrpflichtgesetzes“ beschlossen. Der Kern des Gesetzes sind die Anhebung des Alters von 45 auf 60 Jahre, bis zu dem Reservisten einberufen werden können, und der Einsatz von Reservisten im Krieg und im Inneren des Landes. Ohne mündliche Aussprache – und fast ohne Berichterstattung der Medien – ging die Beschlussfassung im Bundestag über die Bühne. Ihre heutige Auswirkung ist diese: Die Bundeswehr wird mit der Aussetzung der Wehrpflicht nicht kleiner, sondern größer (weil die Reservisten weitgehend mit einbezogen werden müssen). Und die Wehrpflicht ist jederzeit rückholbar, für die Reservisten bleibt sie ohnehin gültig. Das heißt: Militäraktionen nach außen wie nach innen werden nicht eingeschränkt, die Verfassungswidrigkeit bleibt bestehen.

An einsatzfähigen Reservisten gibt es derzeit rund 1,2 Millionen. Für 94.000 von ihnen ist ständig ein "Arbeitsplatz" bei der Bundeswehr vorhanden. Somit sinkt mit der Bundeswehrreform die Zahl der Soldaten nicht auf 185.000, sondern sie steigt auf rund 280.000. Doch darüber wird nicht berichtet.

Petra Pau (eine der beiden PDS-MdB, die es damals gab), führte in ihrem schriftlich eingereichten Debattenbeitrag im Februar 2005 aus: "Reservistinnen und Reservisten sollen in den Umbau der Bundeswehr von einer Verteidigungsarmee zu einer weltweit agierenden Interventionsarmee aktiv einbezogen werden. ... Hinzu kommt: Mit § 6c des vorliegenden Gesetzentwurfes wollen Sie (die Regierenden und Militärs) den Einsatz der Bundeswehr im Inneren der Bundesrepublik Deutschland vorbereiten. Sie weisen Reservistinnen und Reservisten entsprechende Aufgaben zu."

Im Jahre 2007 meldete die Bundeswehrzeitschrift "Y": "Seit Jahresbeginn stellt sich die Bundeswehr in der Fläche der Republik neu auf." Sie zitierte den damaligen Minister Franz Josef Jung: "Die flächendeckende Einführung der Zivilmilitärischen Zusammenarbeit im Inland (ZMZ) stellt sicher, dass die Bundeswehr in unsrer Heimat jederzeit und an jedem Ort unseres Landes Hilfe und Unterstützung leisten kann." Zu den Unterstützungsleistungen – das wissen wir heute – gehört das, was eine Antwort der Bundesregierung an die „Linke“ im Bundestag vom 28.8.09 besagt: Zumindest im öffentlichen Dienst steht Streikbruch mittels Bundeswehr auf der Tagesordnung. Die ZMZ-Kommandos kommen auch bei Demonstrationen zum Einsatz. Der Militäreinsatz anlässlich von Streiks im Transport-, Energie- oder Gesundheits-

wesen sowie bei der Müllabfuhr wird nicht ausgeschlossen - eine Entscheidung darüber sei "dem jeweiligen Einzelfall vorbehalten". (laut BT-Drucksache 16/13847 und Pressemitteilung Jelpke, 1. 9. 2009).

Die Bundestagsabgeordnete der „Linken“ Ulla Jelpke dazu: "Die Bundesregierung hält sich damit alle Optionen für den Militäreinsatz im Inneren offen.“ Die Zivil-Militärische-Zusammenarbeits-Kommandos wirken in allen Rathäusern der Großstädte und in allen Landratsämtern und haben ständigen Zugriff auf Reservisten. Jelpke: „Sie wirken gleichsam als militärische Vorauskommandos, die schleichend in die zivilen Verwaltungsstrukturen einsickern. Das Konzept der ZMZ läuft damit letzten Endes auf einen offenen Verfassungsbruch hinaus."

In Bundeswehrblättern wie „Information für die Truppe“ wird seit Jahren auf den Inlandseinsatz gegen den Terror – und das heißt gegen „Chaosgruppen wie z.B. die Gruppe der Globalisierungsgegner“ (IfdT 3/2002) - eingestimmt.

Vor welchem Hintergrund werden diese Strukturen geschaffen? Auch Rolf Gössner, der Vizepräsident der Internationalen Liga für Menschenrechte, spricht von einer Militarisierung der Inneren Sicherheit, in deren Mittelpunkt der Bundeswehreinsatz im Inneren steht. Wir erleben eine zunehmende Vernetzung und Verzahnung von Polizei und

Geheimdiensten sowie Militär. Eine parlamentarische Kontrolle findet nicht statt. So werden elementare Lehren aus der deutschen Geschichte entsorgt – mit der Folge einer gefährlichen Machtkonzentration der Sicherheitsorgane. Der Sicherheitsstaat wird in dem Maße aufgerüstet, in dem der Sozialstaat abgewickelt wird. Arbeitnehmer, Gewerkschafter, aber auch Journalisten und viele andere Bürgerinnen und Bürger werden zunehmend bespitzelt und überwacht.

Die Bundeswehr wird entgegen der Verfassung eingesetzt, wie der G8-Gipfel in Heiligendamm zeigte. Es wurde erstmals die Bundeswehr mit Hubschraubern, Tornado-Flugzeugen und Panzern gegen die Demonstranten in Stellung gebracht. Es gingen Tausende Polizisten – mit Rückhalt von Soldaten – gegen die Demonstranten vor. Dies führte zwei Jahre später beim nächsten Gipfel in Kehl/Straßburg dazu, dass eine ähnliche Streitmacht von vornherein unzählige potentielle Friedensdemonstranten davon abhielt, ihr Demonstrationsrecht in Anspruch zu nehmen, weil eine Versammlungs- und Meinungsfreiheit nicht mehr gegeben war.

Begründet werden in Bundeswehrpublikationen diese Bundeswehreinsätze im Innern als notwendig zur Bekämpfung von Naturkatastrophen und zur Hilfe bei Unglücksfällen, vor allem aber auch zum

Kampf gegen den Terrorismus, worunter durchaus auch das Vorgehen gegen die außerparlamentarische Opposition, zu verstehen ist. Ein Foto in der „Europäischen Sicherheit“ 2/2007 zeigt „Soldaten des JgBtl 292 bei der Ausbildung gegen Demonstranten“; die Demonstranten haben Arbeitskleidung an.

Entgegen dem Wortlaut von Artikel 35 GG, der den Einsatz der Truppe bei der Katastrophenhilfe regelt, werden die Anlässe des Einsatzes der Bundeswehr im Innern „Großschadensereignisse“ genannt, und per „Amtshilfe“ erfolgt der Truppeneinsatz zur Bewältigung dieser „Ereignisse“. Mittlere Polizeibehörden forderten z. B. in Heiligendamm Bundeswehrunterstützung gegen die Demonstranten an und erhielten sie.

Die „verfassungsrechtliche“ Prüfung solcher Ersuchen erfolgten nicht, schon gar nicht durch das Verfassungsgericht, sondern wenn überhaupt durch die „Abteilung Recht beim Verteidigungsministerium“. Die Verfassungsbrecher genehmigen sich selbst den Verfassungsbruch.

Polizei und Bundeswehr durchdringen einander, wobei das Verteidigungsministerium das letzte Wort hat. Dieses gibt den Reservistenverbänden immer mehr Spielraum. Deren Einfluss auf Polizei, Feuerwehr und Verwaltung wächst. Sie haben damit eine Hausmacht, und

zugleich haben die Macht die vielen rechtslastigen Kader im Reservistenverband. Die ZMZ-Kommandos beispielsweise mit rund 5.500 Reserveoffizieren und -Unteroffizieren, sind innerhalb einer Stunde einsatzbereit.

Es waren die Feuerwehrleute – nicht etwa die Gewerkschaften -, die warnten: „Bei der Einbindung der Bundeswehr in die Gefahrenabwehrstruktur ... ist zu beachten, dass die Bundeswehr zwar wertvolle Katastrophenhilfe leisten kann, jedoch keinesfalls Führungsfunktionen im Katastrophenschutz übernehmen darf.“ Noch deutlicher geht es gegen die Reservistenverbände: „Eine Einbindung der Reservistenverbände (als ‚e.V.‘) in die Gefahrenabwehr kann nicht in betracht kommen.“ So heißt es in einem Schreiben der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren in NRW vom 20. 2. 08, zitiert nach der Netzzeitung „Bochum alternativ“.

Die Verfasser dieser Warnung werden wissen, warum der Bundeswehr und ihren Reservistenkadern zu misstrauen ist.

Unter der Diskussionsleitung von Joachim Schramm (Landesgeschäftsführer der Deutschen Friedensgesellschaft in NRW, DFG-VK) und nach einer weiteren Einleitung von Claudia von der Landeschüler/innen-Vertretung wurden folgende Themen behandelt

- Wie schaffen wir es, das Vordringen der Jugendoffiziere in den Schulen aufzuhalten? Der Kooperationsvertrag Schule – Bundeswehr, den die Regierung mit der Truppe abschloss, gibt den Offizieren große Möglichkeiten der Werbung und der Darstellung von Sicherheitspolitik, die diese sich nur militärisch vorstellen können. Die Bereitschaft der Landesregierung, auch Friedensgruppen neben den Offizieren zuzulassen und dafür etwas Geld zu geben, ist ein unzureichende Lösung. Die Bundeswehr muss raus aus der Schule, denn die die älteren Friedensaktivisten können gegen die jungen Offiziere mit samt ihrem ganzen Apparat wenig ausrichten. Der Kooperationsvertrag muss weg.
- Alle Bundeswehreinätze auf Berufsmessen müssen unseren Widerspruch finden. Kein öffentliches Auftreten der Bundeswehr ohne Proteste.
- 142 Todesopfer des Oberst Klein vom Kunduz mahnen: Schluss mit der Strafbefreiung für die Bundeswehrmörder.
- Die Städte und Gemeinden müssen endlich die Jugendlichen und die Eltern informieren, wenn die Bundeswehr nach den Personendaten greift. Es ist ein Skandal, dass die Gemeinden die

- Unterlagen ohne Rücksprache mit den betroffenen Jugendlichen herausrücken. Hier liegt eine Aufgabe für Parlamentarier in den Gemeinden und im Landtag.
- Es dürfen keine Bundeswehr-Veranstaltungen und –Beratungen in den Argen geduldet werden.
 - Die Einrichtung von Bundeswehrkommandos in Rathäusern und Landratsämtern müssen öffentlich angeprangert werden.
 - Die Kampagne „Kein Werben fürs Töten und Sterben“ soll überall vorangebracht werden – dies gilt vor allem für die Vorbereitung der Ostermärsche.

Arbeitsgruppe:

Kinder des Widerstandes – Antifaschismus als Auftrag / Christa Bröcher

Der Anfang der Arbeitsgruppe (ca.25 Personen) wurde durch das Referat von Christa Broecher aus Duisburg gestaltet.

Inge Trambowski erzählte aus dem Alltagsleben in Düsseldorf nach 1945.

In der Diskussion danach sprachen die Teilnehmer/innen von der Situation in den Schulen, von Hausdurchsuchungen auf Grund der Mitgliedschaft der Eltern zur KPD, aber auch vom Stolz, dass die Erwachsenen diesen Weg (Widerstand in der Nazizeit) gegangen waren. In Dortmund wurde ja die Gedenkstätte „Steinwache“ von den Widerstandskämpfern maßgeblich mit aufgebaut.

Eine Teilnehmerin aus Duisburg sprach darüber, dass wir ja kein „Heldengedenken“ veranstalten wollen, es geht einfach darum das eigene Erleben der Eltern nicht zu vergessen. Auch das der Nachkriegsjahre.

Eine Teilnehmerin aus Essen schilderte den schwierigen Vorgang einer Straßenumbenennung. Die Geschichte der Käthe Larsch , die in der Ausstellung „Essen im 20. Jahrhundert“ falsch dargestellt wird, sollte korrigiert werden.

Einige Teilnehmer erzählten, dass sie in der Schule immer nur gehört hätten, dass Kommunisten „etwas ganz Böses“ seien. Die geschilderten Widerstandsaktionen dieser Personengruppe waren ihnen völlig neu.

Als Fazit der Arbeitsgruppe wurde gemeinsam festgestellt:

- Es ist wichtig, die authentischen Berichte deutlich zu machen und zwar am persönlichen Erleben und sie weiterzugeben an Schulen, Jugendgruppen und Bildungseinrichtungen.
- Die Zeit der 50iger und 60iger Jahre vermitteln, da die Eltern und/oder Großeltern z.T. wieder verfolgt wurden und dies nicht bekannt ist
- Keine Abstufung der Widerstandstaten
- Die Arbeit der Gedenkstätten kritisch zu begleiten
- Widerstand ist und war auch, dass jeder etwas machen kann, egal ob „kleine“ oder „große“ Aktionen.

Das Referat von Christa Bröcher

Kinder des Widerstandes – Antifaschismus als Auftrag: diesen Namen gaben wir unserer Gruppe:

Sie entstand auf Initiative von vier Frauen, alle vier Töchter von Widerstandskämpfern und -kämpferinnen: Alice Czyborra (Gingold), Traute Sander (Burmester), Inge

Trambowsky (Kutz) und Klara Tuchscherer (Schabrod), unterstützt von der VVN/BdA.

Der Name der Gruppe ist Programm:

Kinder des Widerstandes wollen dem antifaschistischen Kampf ein persönliches Gesicht geben, zeigen was Widerstand, Verfolgung, Inhaftierung, Folter und Terror für den einzelnen Menschen und dessen Familien bedeutete.

Immerhin gab es nach 1945 allein in den Regierungsbezirken Köln, Aachen und Düsseldorf 26.920 politische NS-Opfer, für deren soziale und politische Rechte sich die 1946 gegründete VVN einsetzte.

Nachdem die Zeitzeugen fast alle verstorben sind oder gesundheitlich so eingeschränkt sind, dass sie nicht mehr selbst aktiv werden können, ist es uns ein Anliegen, ihr Andenken zu bewahren und vor Verunglimpfung zu schützen.

Doch dies nicht nur aus möglicherweise als sentimental abgestempelten Gründen:

Viele unserer Eltern und Großeltern leisteten schon während der Weimarer Republik Widerstand gegen den aufkommenden Faschismus, klar benennend wer ein Interesse an der Machtergreifung der Nazis hatte und welche Ziele diese verfolgten.

Ihre Erkenntnisse sind angesichts des Erstarkens des Rechtsradikalismus in

unserem Land brennend aktuell. Ihr Wirken, ihr Kampf ist für uns Beispiel und Verpflichtung.

Noch im Oktober 1946 erklärte Ministerpräsident Amelunxen anlässlich der Gründung der VVN-NRW:

„Als ganz Deutschland ein Zuchthaus war, waren Sie diejenigen, die ihre Pflicht gegenüber ihrem Vaterland erfüllt haben und dafür viel Bitternis erdulden mussten. Nichts wäre verkehrter, als die Behauptung, Sie seien Märtyrer geworden aus Mangel an Bürgersinn. Das Gegenteil trifft zu. Es hat nämlich immer zwei Sorten von Bürgern gegeben, die Philister und Spießler auf der einen Seite und diejenigen Menschen auf der anderen Seite, die den Begriff des Bürgers nicht als Standesbezeichnung, sondern als einen öffentlichen Ehrennamen betrachten, ihre Verantwortung kennen und sich ihrer geistigen Verantwortung bewusst sind. Niemand hat sein Volk mehr geliebt, als die von den Nationalsozialisten Verfolgten, Verfemten und Verachteten. Sie ließen sich beschimpfen und verleumden, weil sie ihrem Gewissen mehr gehorchten als der Gewalt. Für ihre Haltung und für ihr Beispiel schuldet das deutsche Volk und ganz Europa ihnen Dank.“

Im weiteren Verlauf seiner Rede bezeichnete Ministerpräsident Amelunxen als Grundlage eines neu zu errichtenden

deutschen Volksstaates die Toleranz, allerdings mit einer Ausnahme:

„Keine Freiheit für die Mörder der Freiheit“.

Diese Worte – von ihm damals ehrlich gemeint – muten uns heute angesichts des erstarkenden Neofaschismus seltsam an.

Auch nach der Niederschlagung des Faschismus waren die Überlebenden der nationalsozialistischen Verfolgung und des Terrors trotz der erlittenen physischen und oft auch psychischen Schäden wieder aktiv für ein demokratisches, friedliebendes Deutschland.

Ein Beitrag, der von der offiziellen BRD-Politik heute fast völlig unterschlagen wird – im Gegenteil, diejenigen, die mit Einsatz ihres Lebens gegen Faschismus und Krieg gekämpft hatten, fanden sich recht bald wegen ihres neuerlichen Einsatzes für Frieden und Demokratie neuen Diffamierungen und Verfolgungen ausgesetzt.

Als nach dem 8. Mai 1945 - dem Tag der Befreiung von Krieg und Faschismus viele Menschen begannen, den Schutt in den Straßen und in den Köpfen fort zu räumen, waren darunter an hervorragender Stelle Frauen und Männer, die aktive Gegner des Nationalsozialismus gewesen waren. In vielen Städten und Gemeinden waren sie die ersten, die in dem von den Faschisten und ihren finanzstarken

Steigbügelhaltern verursachten Chaos versuchten, das Leben der Menschen erträglicher zu gestalten. Sie, die aus unterschiedlichen politischen, gesellschaftlichen und religiösen Kreisen kamen, waren aktiv beteiligt an der Gründung demokratischer Organisationen, wie z.B. der Parteien und der Gewerkschaften.

Auch war es nur konsequent, wenn unsere Eltern und Großeltern sich gegen die Wiederbewaffnung Deutschlands, einsetzten, was bereits 1951 als Verstoß gegen die verfassungsmäßige Ordnung gewertet wurde.

Der „Verstoß gegen die verfassungsmäßige Ordnung“ wurde damit begründet, dass die VVN die Volksbefragung unterstützt habe. Die Fragestellung dieser Volksbefragung lautete: „Sind Sie gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für den Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland noch im Jahre 1951?“

Diese Volksbefragung, störte die Remilitarisierungspläne der Regierung Adenauer.

Erinnern möchte ich hier daran, dass vor 60 Jahren, am 11. Mai 1952, in Essen Philipp Müller durch zwei Kugeln starb, als die Polizei in Essen auf Teilnehmer einer Demonstration gegen die bundesdeutsche Wiederbewaffnung schoss. Dies war das

erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, dass ein Demonstrant durch die Polizei getötet wurde.

Durch Polizeikugeln schwer verletzt wurden außerdem der Sozialdemokrat Bernhard Schwarze aus Kassel und der Gewerkschafter Albert Bretthauer aus Münster.

Die Schüsse sind mit Urteil vom 2. Oktober 1952 vom Dortmunder Landgericht als Notwehr eingestuft worden. Schusswaffengebrauch von Demonstranten konnte nicht nachgewiesen werden. Dutzende Jugendliche wurden festgenommen, elf von ihnen später zu Gefängnisstrafen bis zu zwei Jahren verurteilt. Ministerpräsident Arnold erklärte:

„Da der Widerstand durch den Gebrauch des Polizeischlagstocks nicht gebrochen werden konnte ... musste von der Schusswaffe Gebrauch gemacht werden. Vor dem Schusswaffengebrauch wurde die Menge dreimal aufgefordert, das Werfen einzustellen“

(zitiert nach Wikipedia)

Übrigens derselbe Karl Arnold, der noch 1946 als Oberbürgermeister von Düsseldorf den Widerstand als „lebendige Revolution gegen den Nationalsozialismus“ bezeichnete.

Besonders empört waren unsere Eltern und Großeltern darüber, dass und wie schnell Altnazis auf allen Ebenen z. B. als Richter, Staatsanwälte, Minister, sogar als Staatsoberhaupt, wieder in Amt und Würden kamen.

Während sich viele Altnazis in einflussreichen Stellen tummelten, wurde am 19. September 1950 von der Bundesregierung ein Erlass veröffentlicht, wonach Mitglieder der VVN nicht staatliche Angestellte sein könnten. In den Ländern setzte man diesen Erlass um, und der Ministerialdirigent MARCEL FRENKEL wurde daraufhin aus dem Landesdienst von NRW entlassen.

Juristen – die schon während des „Dritten Reiches“ sogenanntes „Recht“ gesprochen hatten, wurden dagegen weiter beschäftigt und sogar befördert.

Und sprachen wieder „Recht“ in politischen Prozessen u. a. gegen Mitglieder der VVN.

Alle Welt ist seit Bekanntwerden des Terror-Trios aus Zwickau „beunruhigt“ und „alarmiert“. Das war ja „unvorstellbar“! Von wegen!

Wenn heute so überrascht getan wird angesichts der Morde und des Terrors des Nationalsozialistischen Untergrundes NSU, dann müssen gerade wir „Kinder des Widerstandes“ daran erinnern, dass die Überlebenden des Naziterrors bereits nach

1945 und besonders in den Anfängen der BRD, in den 50 und 60 Jahren, den Kampf gegen die Refaschisierung aufnahmen.

Und heute müssen wir mit großer Bestürzung feststellen dass sich ein Richtungswechsel in mehreren nordrhein-westfälischen Gedenkstätten für die Opfer des Faschismus vollzogen hat. Bis vor zehn Jahren galt „Den Opfern gewidmet – Auf Zukunft gerichtet“ – so der Titel der Broschüre zur Darstellung der Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus in NRW.

In Essen und Oberhausen wurden die politischen Opfer des NS-Regimes aus den Dauerausstellungen fast vollkommen verbannt.

Es erfolgte die Tilgung der VVN-BdA-Dauerausstellung von Duisburg (Dokumentationszentrum „Wilhelmine Struth / Mathias Thesen“ im Widerstand 1933-1945) aus den Veröffentlichungen der Landeszentrale für politische Bildung. Unsere Gruppe möchte u. a. der Ausgrenzung unserer Eltern und Großeltern aus der Gedenkarbeit entgegenwirken.

Diesen aktiven Widerstandskämpferinnen und -kämpfern – wie allen anderen Opfern des Faschismus - fühlen wir uns verpflichtet.

Wir als Nachkommen zumeist politisch Verfolgter sehen es als unsere Aufgabe, die hervorragenden Beiträge unserer Eltern und

Großeltern, die Zeit ihres Lebens für ein demokratisches und friedliebendes Deutschland eingetreten sind, nicht in Vergessenheit geraten zu lassen, eben weil sich an ihrem Leben, ihrem Kampf deutlich zeigt, welche Kräfte dem immer entgegenstanden und stehen.

Zusammenfassend zitiere ich aus dem Aufruf der vier Frauen, mit dem sie sich an die Öffentlichkeit gewandt haben:

In der Bundesrepublik konnten Eliten der Nazizeit aus Wirtschaft, Militär und dem Staats- und Terrorapparat des Naziregimes, darunter Justiz, Gesundheitswesen, Polizei und Geheimdienste wieder tätig werden, Einfluss nehmen und dabei weiterhin gegen Antifaschisten vorgehen.

Gerichte verfolgten Teilnehmer des Arbeiterwiderstandes, vornehmlich des kommunistischen Widerstandes, um sie - auch unter Hinweis auf Vorstrafen aus politischen Prozessen von 1933 bis 1945 - wegen ihrer politischen Tätigkeit erneut einzusperrn und ihnen die Rechte auf Entschädigung abzusperehen.

Ärzte aus der NS-Zeit wurden als Gutachter eingesetzt, um die Entschädigungsrechte der oft schwer geschädigten politisch, rassistisch und religiös Verfolgten in Zweifel zu ziehen.

Ehemalige Gestapobeamte fanden in der Polizei der BRD wieder Verwendung, und man setzte sie auch ein, um die

demokratischen Rechte der Verfolgten erneut anzutasten.

Organisationsverbote führten zur Bestrafung der Widerstandskämpferinnen und -kämpfer, während Naziorganisationen wie die NPD sich ungehindert entfalten konnten.

Berufsverbote wurden gegen die Kinder von Antifaschisten ausgesprochen. Das Versammlungsrecht von Antifaschisten wurde eingeschränkt.

Die VVN-BdA setzt sich dafür ein, dass eine Wiedergutmachung für die so Benachteiligten erfolgen muss. Vor allem geht es um die Rehabilitierung der Opfer. Ende der sechziger Jahre gab es zwar ein Strafrechtsänderungsgesetz, das zahlreichen Verfolgungen ein Ende setzte, eine Rehabilitierung der Betroffenen erfolgte jedoch nicht.

Auch die Kinder und Enkel der Betroffenen hatten - infolge der Leiden ihrer Verwandten – mit zu leiden: Denn die Familien der Opfer litten oft materielle Not, die Kinder und Enkel, also die aus der 2. und 3. Generation, waren betroffen von psychischen Schäden und Traumatisierungen, sie waren im Bildungswesen, in Schule und Gesellschaft Diskriminierungen bis hin zu Berufsverboten ausgesetzt. Sie galten als Kinder von "Vorbestraften".

Die personellen Kontinuitäten aus der Zeit vor und nach 1945 müssen zu Konsequenzen führen. Doch die

Gelegenheiten, die sich dazu bieten, werden nicht genutzt. Der Umgang des Deutschen Bundestages mit dem Antrag "Widerstand von Kommunistinnen und Kommunisten gegen das NS-Regime" (Drucksache 17/2201), eingebracht von der Fraktion DIE LINKE am 16. 6. 2010, ist ein Skandal, ja ein Schlag ins Gesicht der NS-Opfer. Ohne mündliche Aussprache, nur mit schriftlichen Wortbeiträgen, die seitens der CDU, CSU und FDP, aber auch der SPD den Geist der Restauration und des Kalten Krieges atmeten, wurde der Antrag am 11. November 2010 zu später Stunde beerdigt. Die CDU/CSU-Reaktion ist unfassbar und, ähnlich wie bei den vielen Debatten zum Kriegsverrat, sprachlich und argumentativ stark in der Nähe von rechtsextremen Organisationen.

Auch in der Erinnerungsarbeit der Gedenkstätten für Opfer des NS-Unrechts werden die Vertreter der 2. und 3. Generation oftmals abgewiesen. Man erklärt ihnen ungeschminkt: Euer Anspruch auf Mitsprache in der Gedenkarbeit ist verwirkt. Genugtuung darüber, dass Zeitzeugen sich nicht mehr einmischen können, ist unverkennbar.

Doch, wir mischen uns ein!

Wie tun wir das?

Was können wir tun?

Dazu gibt es aus der AG Kinder des Widerstandes - Antifaschismus als Auftrag

ganz konkrete Vorschläge. Die Umsetzung dieser Vorschläge richtet sich natürlich nach den vorhandenen Kräften.

5. Wir suchen nach weiteren „Kindern des Widerstandes“

Wir bitten sie,

- a) den Aufruf zu unterschreiben
 - b) in unserem Arbeitskreis mitzuwirken.
6. Wir erarbeiten einen Fragebogen, der sich an die Kinder und Enkelkinder der Verfolgten richtet.
 7. Wir führen Interviews auf Grundlage des Fragebogens durch.
 8. Wir mischen uns als Gruppe ein mit
 - a) Veröffentlichungen in der Antifa und anderen Zeitungen
 - b) Richtigstellungen, Leserbriefen
 - c) Einmischung in Gedenkstättenarbeit
 - d) Mitarbeit in Organisationen, die sich mit dem Thema befassen
 9. Wir versuchen, die Erlebnisse und Erfahrungen der Verfolgten-Generation auf unsere Gegenwart zu übertragen.
 10. Wir versuchen – möglichst gemeinsam mit anderen Organisationen – alternative Stadtführungen auf den Spuren des Widerstandes durchzuführen.

Es wäre gut, in möglichst vielen Städten und Kreisen zu diesem Thema Treffen und Diskussionen durchzuführen.

Es sollte auch diskutiert werden, ob die „Kinder des Widerstandes“ ein „Zeitzeugenersatz“ sein können und ebenfalls in Schulen, Jugendeinrichtungen, Kirchengemeinden und Vereinen das Gespräch über Faschismus und Neofaschismus suchen sollten.



AG „Die Gewalt der Faschisten“ - Wie der Gewalt begegnen?

Ulla Jelpke, MdB DIE LINKE und Ulf Mertens, Opferhilfe „backup“

Die Ideologie der Nazis ist die Gewalt, das wurde nicht erst durch die in der letzten Zeit aufgedeckten Morde deutlich. Wie begegnen demokratische Kräfte der Gewalt der Neonazis? Wie schützen sie sich vor der Aggressivität der Nazis?

Ulla Jelpke, MdB DIE LINKE. und Ulf Mertens, Rechtsanwalt von der Opferhilfe „backup“ Dortmund gestalteten diesen Workshop.

Vor insgesamt 40 Teilnehmenden entwickelten sie das Thema aus zwei unterschiedlichen Perspektiven:

Ulla Jelpke hatte die politische Dimension der Gewalt der Faschisten im Fokus. Die Ausübung von Gewalt, mindestens seit den 90ern ist nicht neu, bekommt aber ein immer brutaleres Gesicht - bis zu Morden, vor denen sie nicht zurückschrecken. Justiz und Polizei versuchen immer wieder diese Morde als Taten von Einzelnen hinzustellen - und oft als Ergebnis von Auseinandersetzungen zwischen „Rechten“ und „Linken“.

Der Rechtspopulismus ist auch durch Sarrazin in der Mitte der Gesellschaft angekommen.

Der Verfassungsschutz übernimmt immer mehr die Rolle eines Inlandsgeheimdienstes - die Rolle der V- Leute ist durch die Morde der NSU und damit verbundene „Aufklärung“ immer dubioser geworden.

Ulf Mertens von der Opferhilfe backup stellte die Arbeit der Opferhilfe Dortmund vor: backup bietet sowohl juristische als auch psychosoziale Hilfe für die Opfer rechter Gewalt.

Er betonte, dass es keine „Opfertypen“ gäbe, sehr wohl aber „Feindgruppen“ im Denken und Handeln der Nazis und dass es ihnen vornehmlich um den Kampf um „öffentlichen Raum“ geht.

In der anschließenden lebhaften Diskussion ging es vor allem um Handlungsmöglichkeiten und Hilfen für die Opfer rechter Gewalt und den Spannungsbogen: „wegziehen“ oder Auseinandersetzen mit Hilfe der Öffentlichkeit und juristischer und psychosozialer Unterstützung.

AG „Antifaschismus lokal“

Die Arbeitsgruppe „Antifaschismus lokal“ am Nachmittag der 30. antifaschistischen Konferenz war einerseits durch eine überaus große regionale Vielfalt geprägt. Andererseits war die Arbeitsgruppe unter Zeitdruck, da die Arbeitsgruppenphase mit einer Einstündigen Verspätung begann.

Das Ziel dieser Arbeitsgruppe war sowohl die Vernetzung von lokal handelnden Akteuren als auch der Gewinn eines gegenseitigen Einblicks in die lokale Arbeit sowie der Austausch von guten Praxis-Beispielen als Impuls für die weitere Arbeit.

Erfreulicherweise waren alle größeren Städte im Umfeld vertreten: Bochum, Dortmund, Essen, Rade vom Wald, Stolberg und Gelsenkirchen. So konnte fast flächendeckend aus allen Städten kurze Berichte über die aktuelle Arbeit vor Ort abgegeben werden.

Grundlegend konnte bei allen Gruppen die lokale Arbeit in drei Bereiche eingeteilt werden, die sich allerdings auch öfter überschneiden:

1. Präventive Arbeit.
Dies umfasst alle Aktionen, die auch gar nicht unmittelbar aktive faschistische Strukturen erfordern. Es umfasst Bereiche der Bildung und der Kultur.

2. Kontinuierlich Arbeit.
Diese wird durchgeführt auch mit konkreten Anhaltspunkten, wenn FaschistInnen schon aktiv sind.
3. Arbeit in der direkten Konfrontation.
Diese Arbeit wird geleistet, z.B. bei Aufmärschen der Rechten.

Der Bereich der Prävention wird auch jetzt schon von vielen Gruppen abgedeckt. Dieser umfasst vor allem Bildungsangebote wie Vorträge, sowohl über den historischen Faschismus als auch aktuelle Erscheinungsformen von Antisemitismus, Rassismus oder Nationalismus.

In diesem Bereich sahen viele Menschen vor allem den produktiven Charakter des Antifaschismus gefragt, also das Herausheben, dass wir nicht nur gegen etwas sind, sondern vor allem auch schöpferisch tätig sind. Antifaschistische Kultur und Konzerte sind dabei ebenso Mittel des Ausdrucks wie Filmvorführungen. Die Erinnerungskultur und das Nicht-Vergessen-Lassen an die Verbrechen des historischen Faschismus werden in vielen Städten gepflegt z.B. durch Aktionen wie den Stolpersteinen.

Sinnvolle Unterstützung für die einzelnen lokalen Gruppen wäre hierbei ein zentrales Angebot von ReferentInnen oder eine Mediathek.

Die kontinuierliche Arbeit gegen rechte Erscheinungsformen fing in allen Städten vor allem zuerst mit einer gründlichen Recherche an. Sowohl analoge Hinweise auf rechte Aktivitäten wurden gesammelt, wie auch im digitalen Bereich (also dem Internet). Erstaunlich war in dem Workshop, dass diese Arbeit, die sich gerade auf der lokalen Ebene der Stadt wiederfindet, für alle so selbstverständlich war, dass niemand diese explizit ansprach. Aus diesen Erkenntnissen leiten sich dann oft Aktionen ab, die auf diese Nazistrukturen aufmerksam machen und versuchen, einer Tendenz des Ignorierens dieser Gruppen von Teilen der Polizei, der Presse und der Politik entgegen wirken. Hier sind die Instrumente der öffentlichkeitswirksamen Aktionen, wie z.B. Putzaktionen, bei denen faschistische Propaganda entfernt wird, zu nennen.

In vielen Städten wurde gerade bemängelt, dass die Opfer der rechten Gewalt unsichtbar sind bzw. gemacht werden. Sie besitzen kaum eine Lobby, keine vertrauensvolle dauerhafte Anlaufstellen oder sie werden schlicht nicht ernst genommen. Ein positives Beispiel gegen diesen Trend war das einer Telefonnummer, die vor allem auch in mehreren Sprachen beworben wurde, wo Opfer von rechten Übergriffen sich melden konnten.

In der Konfrontation wird das Arbeiten für Menschen, die aktiv gegen Nazis auf die Straße gehen, immer wieder auch

gefährlich. In diesen Bereichen gibt es immer wieder Übergriffe durch Rechte gegen demokratische Strukturen, um sogenannte „national befreite Zonen“ aufzubauen. Also alle Menschen so in Angst zu versetzen, dass die Nazis die einzig relevante politische Kraft werden. Dies wird lokal durch Vandalismus, offene Gewalt oder Aufmärsche versucht durchzusetzen. Hier wird dann in den Städten versucht, gerade in Netzwerken, diesem Treiben etwas entgegen zu stellen, aber auch im Notfall sich selbst zu schützen. Immer wieder wurde auf effektive und friedliche Blockaden und Formen des zivilen Ungehorsams verwiesen, die es ermöglichen, gegen Nazi-Aufmärsche aktiv zu werden.

Leider war die Zeit so kurz, dass wichtige Aspekte nur unzureichend angesprochen werden konnten und sicherlich auf einer der nächsten Konferenzen intensiver beleuchtet werden. Denn die lokale Stadt-/Stadtteil Arbeit ist der Ort, wo sich meistens nicht öffentlichkeitswirksam wie z.B. die NSU, rechte Strukturen, Stimmungen und Gewalt zeigen. An dieser Ebene kann eine Basis für den Antifaschismus gebildet werden, durch Aufklärung, Bildung und Kultur.

Gerade der wichtige Bereich der Pädagogik und der antifaschistischen Jugendarbeit, die in Jugendzentren lokal vor Ort umgesetzt wird, ist in der nahen Zukunft näher zu beleuchten: Chancen wie Gedenkstättenfahrten, aber auch vor allem

Probleme, wie der Druck auf Träger und der Mangel an ausreichender Finanzierung.

Die lokale Ebene ist auch der Ort, wo gerade durch persönliche Beziehung und ein Kennenlernen Netzwerke gegen Rechts entstehen oder verhindert und erschwert werden. Einerseits spielen dabei persönliche Konflikte eine Rolle, aber ebenso inhaltliche Differenzen, die manchmal schwer zu überwinden sind. Kraftvolle Bündnisse erscheinen aber überall von Nöten zu sein, daher sind hierbei auch ein hohes Maß an Empathie und Diplomatie für AntifaschistInnen gefragt.

Abschließend möchte ich den Punkt der Offenheit unserer Bewegung ansprechen. Es wurde kritisiert, dass Inhalte, Ästhetik, Verhalten und Erscheinungsform manchmal nicht dazu dienen, viele Menschen gegen den Faschismus mitzunehmen. Gerade der Kontakt zu MigrantInnen kann und muss von der lokalen Ebene erfolgen. Aber ebenso kann der Antifaschismus nicht alleine stehen, sondern muss gerade auch andere Unterdrückungsmechanismen wie den Sexismus berücksichtigen.

Eine starke Bewegung kann nur auf dem Rücken von einer breiten Masse an aktiven Menschen vor Ort entstehen. Daher darf gerade der Alltag vor Ort, die kleine Arbeit auf lokaler Ebene nicht untergehen neben den großen Events wie Dresden oder Dortmund. Wobei uns eins klar sein sollte,

vereinzelt können wir die FaschistInnen nicht besiegen, sondern dies nur immer im Sinne der internationalen Solidarität tun, auch in der Kommune.

AG „Sündenböcke – Kriminelle – EU Bürger?

Referentin: Iris Biesewinkel, Rom e.V. Köln

Einführend wurde die Situation der in Dortmund lebenden Roma aus Bulgarien seit dem EU-Beitritt, insbesondere der Entwicklung 2011, vorgestellt.

Vorstellung des Projektes „Rom e.V.“:

Der Verein entstand aus der Gegenbewegung zur Fremdenhetze gegen die in Köln lebenden Roma, insbesondere Seitens des Vereins „pro Köln“ mit skandalisierter Berichterstattung. Daraus entstand eine gemeinsame Bewegung der

Roma mit anderen Nationalitäten, der in einer Vereinsgründung mündete. Der Verein hat jetzt eine Beratungsstelle und 2 Sonderpädagogen für 60 Kinder der Roma in der Grundschule und Sekundarstufe 1.

Wichtig war dabei die Bildung von „Schul-Bewusstsein“ bei den seit Generationen nicht beschulten Roma, damit Schulbildung für die Kinder stattfinden konnte. Die Eltern mussten, (müssen) lernen, wie Schule funktioniert, damit die Kinder die Schule besuchen (können).

Alle Roma, die hierherkommen, waren dort, von wo sie kamen, unerwünscht (seit Jahrhunderten ist dies so). Niemand will sie hier bei uns haben. Fremdenfeindlichkeit und faschistische Haltung breiter Bevölkerungsgruppen und der Medien sind alltäglich, auch gibt es verstärkende Wechselwirkung zwischen Presse und „öffentlicher Meinung“. Die „Freizügigkeit“ der Menschen aus den (neuen) EU-Ländern ist „Etikettenschwindel“ bzw. „Betrug“.

Auch alltägliche Beispiele wurden gezeigt: keine Arbeitserlaubnis, im Prinzip kein Zugang zu Hartz IV oder Sozialhilfe, dass Kinder obdachloser Roma „inobhut“ genommen und „fremdplaziert“ werden (Rhein-Erft-Kreis, Dortmund u.a.). Das „Asylbewerberleistungsgesetz“ liegt noch 30% unter den „HartzIV – Sätzen“, einerseits fremdenfeindlich, andererseits auch Testlauf, wie weit man HartzIV und Sozialhilfe noch

weiter kürzen kann. Müllsuche und –
verwertung wurden als Existenzbeispiele
genannt, aber es gibt auch Verurteilungen
zu Sozialstunden wegen
Lebensmitteldiebstahl aus Abfallcontainern
oder Kleidungsdiebstahl aus
Altkleidercontainern.

Aber auch Gegenbewegungen, wie z.B.
„nEUBürger“ in Dortmund, „Rom e.V.“ in
Köln mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen
gegen Abschiebung wie „Wo sind Janicza
und Jowicza?“ oder dem Verstecken von
Abschiebungsbedrohten in deutschen
Familien oder Kirchen (z.B. Attendorn)
wurden vorgestellt.

Bestehende Vorurteile werden
medienwirksam reproduziert (Beispiel:
„Tatort“ Köln).

Es gibt so gut wie keinen
Zusammenschluss oder Vertretung über
Familien oder „Clans“ hinaus, oft herrscht
gegenseitige Konkurrenz bis hin zur
Fremdenfeindlichkeit unter den
verschiedenen Gruppen der Roma. Ein
großer Erfolg in Köln sei, dass ein
Warteraum gemeinsam genutzt wird und
sich Roma aus Serbien und Roma aus dem
Kosovo über Kriegzeiten unterhalten.

AG „Von Dresden lernen!“

Debatte um Blockaden und Ziviler Ungehorsam gegen Neonazis – Was tun in Dresden, Dortmund und Stolberg

Die Teilnehmenden und Referenten des
Workshops zum Thema Ziviler Ungehorsam
waren sich einig: Die Aktivitäten des
Bündnisses „Dresden Nazifrei“ waren und
sind Vorbild für Proteste gegen Neonazis
und ihre Aufmärsche im ganzen Land.

In Nordrhein-Westfalen sind insbesondere
die Region Aachen, darunter das Städtchen
Stolberg sowie die Ruhmetropole Dortmund
die Hochburgen der Neonazis. Übergriffe auf
Personen, Schmierereien, Morddrohungen
sowie Attacken auf Einrichtungen von
Gewerkschaften oder Ausländerunterkünfte
sowie auf Lokale von Linkspartei und DKP
gehören in Aachen/Stolberg und in Aachen
zum Alltagsbild.

So debattierten bei dem Workshop Vertreter
des lokalen Blockadebündnisses aus
Stolberg, vom Bündnis „Dortmund stellt sich
quer“ mit einem Aktiven des regionalen
Vorbereitungskreises „Dresden Nazifrei /
NRW“. Nach einer kurzen Vorstellung der
jeweiligen Bündnisse, gab es einen überaus
interessanten Beitrag zur
Entstehungsgeschichte des

Blockadebündnisses in Dresden, was vielen
der Zuhörenden nicht bekannt war. So
wurde „Dresden Nazifrei“ initiiert, als
antifaschistische Gruppen aus dem
autonomen Spektrum zu der Erkenntnis
kamen, sie allein könnten einen
Großaufmarsch mit bis zu 7.000 Neonazis
nicht verhindern. Selbstkritisch wurde
analysiert, dass ein Spektrum allein – in
diesem Fall eher das linksradikale Spektrum
– zu isoliert agiere. Daher entstand das
„Konzept Dresden Nazifrei“ mit den vier
Kernen:

- Bekenntnis zum Zivilen Ungehorsam
bzw. einer gemeinsamen
Regelüberschreitung, da Blockaden
eines Naziaufmarsches als
Ordnungswidrigkeit geahndet werden
können.
- Ein verbindlicher Aktionskonsens mit
einem transparenten Konzept, das
möglichst viele Menschen auf die
Straße bringen würde.
- Keine Trennung in „gute“ und „böse“
Antifaschisten sondern Spektren
übergreifende Zusammenarbeit
- Der Grundsatz: Jeder wird nach
Dresden mitgenommen und jeder ist
willkommen, egal wie alt, egal welche
soziale Schicht, egal welche
politische Ansicht, Hauptsache er/sie
teilt den genannten Grundkonsens.

Was hier so simpel zusammengefasst ist,
war ein langes und zähes Ringen
verschiedener Akteure. Es bedurfte viel

Überzeugungskunst und gegenseitiges Vertrauen, doch am Ende ging der Plan auf. In den Jahren 2010 und 2012 blockierten zwischen 15.000 und 20.000 Menschen den bis dahin größten Neonaziaufmarsch in Europa. Kürzlich, im Februar 2012 zogen bis zu 12.000 Personen durch Dresden und protestierten gegen Neonazis und staatliche Repression gegen Antifaschistinnen und Antifaschisten. Eine Blockade war nicht mehr nötig, weil sie die Nazis nicht mehr in der Lage sahen einen Aufmarsch in Dresden durchzuführen.

Für Nordrhein-Westfalen sollten diese Erfahrungen Vorbild sein, betonte der Vertreter von „Dortmund stell sich quer“. Das Bündnis habe sich 2009 gegründet und sich eng an dem Dresdner Vorbild orientiert. „Doch leider gibt es in der Stadt noch immer Personen, Organisationen und Zusammenschlüsse, die ihre jeweiligen Befindlichkeiten über die eines gemeinsamen Aktionseinheit stellen“, bemängelte der Vertreter von „Dortmund stellt sich quer“.

